

[SPD-Ratsfraktion Rathausplatz 1 59759 Arnsberg](#)

**Herrn Bürgermeister
Hans-Josef Vogel
- per Mail**

**Rathausplatz 1, 59759 Arnsberg
Zimmer 150**

Vorsitzender: **Ralf Paul Bittner**

☎ **02932/201-1443**

☎ **02932/201-1871**

e-mail: fraktion@spdarnsberg.de

Internet: www.spd-arnsberg.de



www.facebook.com/spdarnsberg

Arnsberg, den 3. November 2015

Reduzierung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten und offene Ganztagsschulen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wie im Antrag zur Modifizierung der strategischen Ziele vorgeschlagen, beabsichtigt die SPD Arnsberg, die schrittweise Senkung der Gebühren für Kindertageseinrichtungen und offenen Ganztagsschulen als mittelfristiges Ziel zu verankern. Als ersten Schritt beantragen wir, dass die Elternbeiträge für die Kindertagesstätten und die Offene Ganztagsgrundschule sobald wie möglich im Jahr 2016 - spätestens zum 1.8.2016 - grundsätzlich um 20% reduziert werden. Zur Konkretisierung machen wir an dieser Stelle einige Finanzierungsvorschläge.

Wir fordern auch, dass die Gebühren nicht nur niedriger sondern auch gerechter ausfallen sollen. So sollten etwa teilweise fiktive Bemessungsgrundlagen wie etwa bei der Anrechnung von Weihnachts- und Urlaubsgeld wegfallen. Auch sollten die von Einigen zu leistenden Unterhaltszahlungen vom zu Grunde gelegten Einkommen abgezogen werden.

Begründung

Die SPD in Arnsberg strebt seit vielen Jahren die Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten an. Für uns ist klar, dass die frühkindliche Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Es ist uns natürlich bewusst, dass wir dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreichen werden. Dies wird sich nur schrittweise umsetzen lassen. Ein erster Schritt ist die Senkung der Gebühren um 20%.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf wird formuliert, dass es derzeit keinen Spielraum für eine Senkung der Gebühren gibt. Wenn man die Gebühren für Kindertagesstätten als ein Thema unter Vielen ansieht, mag dies zutreffen. Wenn man es aber, wie von uns vorgeschlagen, zu einem übergeordneten Ziel macht, sieht die Sache anders aus, obwohl die Spielräume im Haushaltsentwurf sicherlich begrenzt sind.

SPD-FRAKTION IM RAT DER STADT ARNSBERG

Bei der Diskussion um die Senkung der Kitagebühren vor einiger Zeit hatte sich gezeigt, dass bei einem entsprechenden politischen Willen durchaus Handlungsmöglichkeiten bestehen.

Finanzierungsvorschlag

Bei einem Elternbeitrag von rund insgesamt 1,8 Millionen Euro für den Bereich der Kindertageseinrichtungen und 400000 € Gebühren für die offene Ganztagschule würde bei einer Senkung der Beiträge um 20% eine Summe von 440.000 € finanziert werden müssen. Wir schlagen dazu folgendes vor:

1. Im Haushaltsjahr 2016 werden die doch noch zu erwartenden höheren Zuweisungen des Landes von 840.000 Euro in Anspruch genommen.
2. im Haushaltsjahr 2017
 - a. durch den geplanten Haushaltsüberschuss von 121.618 Euro.
 - b. durch eine pauschale Kürzung der Ausgaben für externe Gutachten, Machbarkeitsstudien, Konzepte oder Berichte um 10%. Ein beträchtlicher Teil der Ausgaben in diesem Bereich ist sicherlich zwingend nötig, um etwa im Bau- und Planungsbereich investieren zu können. Andere aber sind für sich sicher wünschenswert, aber es wäre für die gesamtstädtische Entwicklung keine Katastrophe, wenn man diese erst im Zuge der nächsten Haushaltsberatungen realisieren würde. Welche Aufträge erst einmal zurück gestellt würden, bliebe der Verwaltung überlassen.
 - c. Wenn noch eine finanzielle Lücke besteht, wird diese durch die Kürzung bei den allgemeinen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen geschlossen.
 - d. Aufgrund der wirtschaftlichen Prognosen erwartet die SPD-Fraktion aber auch, dass wie im Jahr 2016 die Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2017 günstiger ausfallen dürften als derzeit geplant. Die gute wirtschaftliche Entwicklung hat nämlich auch im Oktober 2015 ergeben, dass die Steigerung der Verbundsteuermasse dazu geführt hat, dass das Land 400 Mio. Euro mehr an die Kommunen im Jahr 2016 ausschütten kann.

Weiter fordern wir die Verwaltung auf zu prüfen, inwiefern sich Einnahmeerhöhungen an Stelle von Gewerbesteuererhöhungen durch ein Spendenmodell ähnlich der Stadt Ennepetal realisieren lässt. Die Betriebe könnten diese Spenden an anderer Stelle steuerlich absetzen, während die Stadt durch vorherige Absprache Planungssicherheit bei den Einnahmen hat. Sollte sich dies als machbar erweisen, würden die zusätzlichen Erträge ebenfalls in die Senkung der Gebühren fließen.

Der vorliegende Finanzierungsvorschlag ist nur eine Möglichkeit, um zu einer Erreichung des genannten Zieles zu kommen. In ähnlicher Weise werden sich bei einer gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten sicher noch weitere Möglichkeiten finden lassen, um die Kitagebühren schrittweise zu senken.

Wir fordern die übrigen Fraktionen auf, sich dem Ziel einer schrittweisen Durchsetzung der Gebührenfreiheit für den Besuch von Kindertageseinrichtungen anzuschließen und dies als strategisches Ziel fest zuschreiben und nach Möglichkeiten zu suchen, um dies zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Bittner
(Fraktionsvorsitzender)

Gerd Stodollick
(Ratsmitglied)